

NÖ Landeskorrespondenz – Landtag aktuell

23. Februar 2006

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunden zu Elite-Universität und Pendlern

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Edmund Freibauer zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung erteilte Präsident Freibauer dem Abgeordneten Weiderbauer für den nonverbalen Vorwurf eines unehrenhaften Verhaltens des Abgeordneten Ram in der letzten Sitzung einen Ordnungsruf.

Danach wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Bildungs- und Forschungs-offensive in NÖ – Elite-Universität**“ abgehalten.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) zog in seiner Rede eine Bilanz über die über 10-jährige Wissenschafts- und Forschungs-offensive in Niederösterreich. 1994 habe es im tertiären Bildungssektor nur eine Theologische Fakultät gegeben. Heute gebe es 19 Fachhochschul-Studiengänge mit 4.640 StudentInnen und 400 hauptamtlichen MitarbeiterInnen, die Donau-Universität mit 130 Lehrgängen, 3.200 StudentInnen und 270 MitarbeiterInnen, dazu die IFA Tulln mit 140 Forschern, die Technopole Wiener Neustadt, Krems und Tulln; dazu seien weitere Projekte in Vorbereitung, wie etwa das MedAustron-Projekt. 138 Millionen Euro seien in den letzten elf Jahren in den tertiären Bildungssektor investiert worden, weitere 188 Millionen Euro würden noch investiert, dazu kämen 350 Millionen Euro für den laufenden Betrieb. Damit habe Niederösterreich eine Bilanz wie kein anderes Bundesland aufzuweisen.

Mit der Elite-Universität werde Niederösterreich nun in den „Olymp der Forschung“ aufsteigen. Dank der Initiative von Bundesministerin Gehrler gebe es jetzt die Chance, die Elite-Universität in Niederösterreich für Österreich und ganz Europa umzusetzen. Dieses Zukunftsprojekt sei von Vertretern der SP mies und Niederösterreich schlecht gemacht worden. Insbesondere die Erinnerung an die Euthanasie während der NS-Zeit sei beschämend und disqualifizierend. Der Standort Maria Gugging gleiche dem Ambiente ähnlicher Einrichtungen von höchstem Rang in ganz Europa und Amerika.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) nannte die Standortentscheidung positiv und eine tolle Perspektive für Klosterneuburg. Es entspreche allerdings offensichtlich dem Qualitätsmanagement der VP, renommierte Wissenschaftler „serienweise zu verjagen“. Dass der Start verpatzt sei, stehe außer Zweifel. Die Ankündigung bald auffahrender Bagger sei kühn. Fragen zur Konzeption der Elite-Universität, zu den Namen der Wissenschaftler, einer Lösung der Klosterneuburger Verkehrsproblematik und zur Verlegung der Patienten seien ungelöst und stünden zudem nun unter hohem Zeitdruck.

Abgeordneter Willi **S t i o w i c e k** (SP) betonte, die SP NÖ habe die Schaffung neuer Bildungseinrichtungen auch im tertiären Bereich immer nach Kräften unterstützt, auch der Standort Maria Gugging sei ausdrücklich begrüßt worden. Das parteipolitische Wahlkampfagieren der VP sei ihm daher schleierhaft. Die Kritik am Standort sei zuerst und vor allem von Wissenschaftlern gekommen. Derart wichtige Entscheidungen dürften aber nur im Einvernehmen von Wissenschaft und Politik erfolgen. Von Niederösterreich-Feindlichkeit könne keine Rede sein, die SP stehe zu Niederösterreich und den NiederösterreicherInnen sowie auch zu Gugging.

Abgeordneter Mag. Johann **H e u r a s** (VP) betonte, dass Niederösterreich ein international anerkanntes Familienland, Kulturland und auch ein Land der Technik, Bildung, Wissenschaft und Forschung sei. Auch in diesem Bereich hätte sich das Land einen Namen gemacht und Erfolgsgeschichte geschrieben. Beispiele dafür seien die Donau-

Universität oder das Netz an Fachhochschulen. Die dahinter stehende Idee sei, die Regionen mit höchster Qualität und Bildung zu versorgen. Er sei irritiert, dass der SP die Emanzipation Niederösterreichs im Bereich Forschung und Bildung missfalle. Man habe mit der Elite-Universität eine „tolle Einrichtung“ an Land gezogen. Er führte aus, dass Klosterneuburg bis 1954 ein Teil von Wien war. „Wäre das immer noch so, gebe es heute keine Diskussion.“ Die Elite-Universität sei aber auch eine Erfolgsgeschichte der VP Niederösterreich.

Abgeordneter Mag. Thomas R a m (FP) meinte, dass Niederösterreich mit der Elite-Universität eine weitere „ungewöhnliche Universität“ bekomme. Im Rahmen der Schaffung der Donau-Universität habe es seinerzeit ebenfalls kritische Stimmen gegeben. Diese sei aber ein großer Erfolg. Er hoffe, dass sich auch die Elite-Universität mit dem Standort Klosterneuburg positiv entwickeln werde. Hinsichtlich der Diskussion um die Standortentscheidung habe sich Wien als schlechter Verlierer gezeigt. Die Bundeshauptstadt habe mit ihren Angeboten einfach „den Kürzeren gezogen“. Das Argument der Entfernung des niederösterreichischen Standortes von Wien entkräftete Ram damit, dass es zahlreiche in der Öffentlichkeit stehende WienerInnen gebe, die auch nach Klosterneuburg gezogen seien. Daher könne die Entscheidung für diesen Standort nicht schlecht sein. Der Standort Gugging biete auch einen Vorteil für die Forscher, immerhin liege das Areal am Rand des Biosphärenparks Wienerwald. Weiters merkte Ram an, dass die erste deutschsprachige Universität seinerzeit nicht in der Hauptstadt Wien, sondern in Prag errichtet wurde. Er, Ram, hoffe auf ein baldiges Ende der parteipolitischen Diskussion um die Elite-Universität.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) bezeichnete die Aussagen ihres Vorredners als „fromme Wünsche“. Das Projekt sei eine mögliche Chance, doch würden bisher die Wahlkampföne dominieren. Eine breite Debatte, die dazu notwendig gewesen wäre, sei nicht passiert. Dies sei für das Projekt schlecht und schade gewesen. Sie beklagte,

dass es kein Wort über den Inhalt und über die Trägerschaften der Elite-Universität gegeben habe und diese daher bis jetzt ein inhaltsleeres Vorhaben darstellen.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) betonte, dass seriöse Politik wissen müsse, dass eine inhaltliche Komponente sehr wichtig sei. Die SP stehe für einen NÖ Standort, wolle aber eine konsensuale Lösung. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, die Wissenschaftler, die sich verabschiedet haben, wieder „an Bord zu holen“. Hinsichtlich der Kritik von SP-Chef Gusenbauer hielt Cerwenka fest, dass dieser einer Spitzen-Universität durchaus positiv gegenüberstehe. Die niederösterreichische SP habe an vielen Leistungen für Niederösterreich mitgewirkt und an vielen Projekten mitgearbeitet.

Abgeordneter Rudolf F r i e w a l d (VP) hob die „beeindruckende Entwicklung des Landes in den letzten Jahrzehnten hervor. Vielfach sei dieser Weg von „Unkenrufen“ und politischen Diskussionen begleitet gewesen. Wichtige Weichenstellungen, wie etwa die Errichtung einer eigenen Landeshauptstadt, hätten nicht nur Arbeitsplätze in Niederösterreich geschaffen, sondern auch das Selbstbewusstsein der Landesbürger gestärkt. Mit negativen Diskussionen gäbe man zudem ein schlechtes Beispiel für die Jugend ab. Die Zukunft des Landes werde auf jeden Fall ganz entscheidend auch vom Bildungsangebot geprägt. Politik habe außerdem die Aufgabe, konflikträchtige Entscheidungen zu treffen. Der Standort der Elite-Universität liege im Biosphärenpark Wienerwald, es besseres Ambiente könne man sich wohl kaum vorstellen.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sieht in dieser Aktuellen Stunde ein „parteiliches Schauspiel“. Mit der Diskussion um die Elite-Universität mache man sich zum Gespött, so werde man keine Wissenschaftler nach Niederösterreich holen.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich**“.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) meinte, Pendler in Niederösterreich zu sein, sei ein hartes Los. Die Arbeitsmarktsituation habe sich verschlechtert, der Weg zur Arbeit

werde für viele Pendler immer beschwerlicher. Auch die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel seien im Vergleich zur Einkommenssteigerung wesentlich rasanter gestiegen. Derzeit würden rund 95.000 Menschen tagtäglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Niederösterreich fahren, Vieles habe sich für sie zum Schlechten gewandt. Zudem müssten die rund 46.000 Mitarbeiter der ÖBB das ausbaden, was die 52 Vorstände im Management „verbockt haben“.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) sieht die Infrastrukturoffensive des Landes auf einem guten Weg. Das Land fördere die Mobilität, wo dies notwendig sei. Die Politik habe die Aufgabe, beim Infrastrukturausbau auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und gleichzeitig auch die Lebensqualität zu sichern. Jeder einzelne Arbeitsplatz im Land mehr sei ein Pendler weniger. Die SP soll aufhören zu verunsichern und die Interessen Niederösterreichs vor Parteiinteressen zu stellen.

Für Abgeordneten Josef J a h r m a n n (SP) sei es unrichtig, dass unter der SP-Führerschaft Polizeistationen in Niederösterreich geschlossen wurden. SP-Bundesparteiobmann Gusenbauer habe sich niemals für eine kilometerabhängige Maut ausgesprochen hat und auch unter SP-Bürgermeistern seien Arbeitsplätze geschaffen worden.

Abgeordnete Sylvia K ö g l e r (SP) erinnerte daran, dass die Hälfte aller niederösterreichischen Arbeitnehmer pendeln müssen, jeder vierte davon nach Wien. Nur 20 Prozent der Arbeitnehmer benützen öffentliche Verkehrsmittel. Aufgabe der Politik sei es, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Sie skizzierte auch die Anreise vom Bezirk Neunkirchen nach St. Pölten, die nach ihren Angaben rund zweieinhalb Stunden dauert.

Abgeordneter Franz H i l l e r (VP) sagte, innerhalb der besonderen geografischen Konfiguration von Niederösterreich habe die VP-Politik wesentlich dazu beigetragen, für Zehntausende Aus- und Einpendler bestmögliche Angebote zu realisieren. Eine spezielle Herausforderung sei die Internationalisierung der Verkehrswege nach 1989. Als Erfolge

in den letzten 15 Jahren im öffentlichen Verkehr nannte er die Erweiterung von Zugangeboten, Fahrzeiterparnisse, Kapazitätserweiterungen, den viergleisigen Ausbau der Westbahn u. a. Am Straßensektor sei ebenfalls sehr viel bewegt worden, bei der S 1 etwa liege Niederösterreich fünf Jahre vor Wien. Auch die Errichtung der Nordautobahn, die Verlängerung der S 33, die Weinviertel- und Marchfeldschnellstraße mit Gesamtkosten im Umfang von 900 Millionen Euro lägen im besonderen Interesse der Pendler.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte in einer tatsächlichen Berichtigung, von Bürgermeister Häupl werde eine kilometerabhängige Pkw-Maut gefordert.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) replizierte in einer weiteren tatsächlichen Berichtigung, Häupl schließe dies für Wien kategorisch aus.

Darauf hin Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) in einer weiteren tatsächlichen Berichtigung: Häupl denke sehr wohl über Pkw-Maut und Roadpricing nach.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, das Weinviertel mit seinen 300.000 Menschen werde von der Verkehrspolitik des Landes im Stich gelassen. Der Bau der Nordautobahn werde seit Jahren versprochen, vor allem in Wahlkampfzeiten. Der Spatenstich 2003 sei 13 Tage vor der Landtagswahl erfolgt, seit den ersten Jubelmeldungen sei aber ein Jahrzehnt verstrichen, das für die Menschen im Weinviertel verloren sei. Ebenso werde die Brücke über die March seit Jahren versprochen. Auch der Ausbau der Schieneninfrastruktur – etwa von Mistelbach bis Laa – lasse noch immer auf sich warten. Insgesamt seien die Bedingungen für die Pendler unzumutbar.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erinnerte daran, dass seit 1999 die Kosten für Autofahrer um 25 Prozent und die Bahnpreise um 20 Prozent gestiegen seien, zudem sei der öffentliche Verkehr nach wie vor nicht attraktiv genug. Versäumnisse der Politik bei Infrastruktur, Betriebsansiedlungen etc. führten dazu, dass Arbeitsplätze vor Ort nicht vorhanden seien und 10.000 Menschen täglich pendeln müssten. Mehr als die Hälfte von ihnen sei über eine Stunde unterwegs.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sprach von Versäumnissen beim Ausbau der Straßeninfrastruktur in NÖ Zentralraum-Mostviertel: Bis heute sei kein Baubeginn für die Donaubrücke in Sicht. An der Realisierung der Kerntangente Nord in St. Pölten werde seit 20 Jahren geplant. Auch die Umfahrung von Wieselburg müsste rasch realisiert werden. Der Baustopp für die halbfertige Güterzugumfahrung St. Pölten mit bisher verbauten Kosten von 115 Millionen Euro sei eine „Wahnsinnstat ersten Ranges“.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) meinte, Pendeln sei eine große Belastung, verursache Stress und Ärger. Allein mit dem Zuweisen von Geld sei das Problem nicht lösbar, es gehe auch um Fahrkomfort, Bequemlichkeit etc. Er brachte einige Anregungen zur Verbesserung der Situation vor. So könnten etwa eine Chipkarte oder ein Fahrplan nach Schweizer Vorbild eine Verbesserung bewirken. In Bezug auf die Verkehrspolitik sprach Fasan von einem „stillen Krieg“; so seien die Emissionen gestiegen, die Autoflotte wachse stetig und 4,8 Millionen Österreicher fühlten sich durch den Lärm belästigt. Man brauche u. a. ein größeres Budget für den öffentlichen Verkehr, eine vermehrte Kooperation der Gebietskörperschaften oder auch eine Qualitätsoffensive bei den ÖBB.

Zweiter Präsident des NÖ Landtages Ewald S a c h e r (SP) hielt fest, dass die Situation der Pendler in Niederösterreich verbessert werden sollte und ein Kurswechsel der Verkehrspolitik in Österreich und Niederösterreich von Nöten sei. Die Verkehrspolitik der Schweiz sei ein positives Beispiel, ein gutes Beispiel würden auch die Salzburger Lokalbahnen bieten. Das neue Nahverkehrsgesetz habe zu einem Aufschrei durch alle Bundesländer geführt, in Niederösterreich gebe es keinen Aufschrei. Der Bund ziehe sich aus der Verantwortung für den öffentlichen Verkehr zurück.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) brachte positive Beispiele für den Bahnausbau in Niederösterreich. Konkret nannte er den viergleisigen Ausbau der Westbahn, den Ausbau der Flughafenbahn, der Südbahn und der Ostbahn in Richtung Bratislava. Ein gutes Beispiel für den Fortschritt im öffentlichen Verkehr sei auch die Einführung der

Wieselbusse, die heute 600.000 NiederösterreicherInnen transportieren. Als weiteres positives Beispiel nannte er die Park-and-ride-Anlagen. Zudem werde in Niederösterreich auch Großartiges in Bezug auf Arbeitsplätze geleistet. Hier erinnerte er an die Therme Laa und das Moorbad Harbach. 2005 seien in Niederösterreich 2,2 Millionen Euro an Pendlerhilfe ausgeschüttet worden.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2003 bis 2005.**

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) führte an, dass die Bedienstetenschutzkommission ihr Hauptaugenmerk auf den Brandschutz, die ergonomische Arbeitsplatzgestaltung und auf den Umgang mit Geräten und Maschinen gelegt habe. Insgesamt seien durch die Kommission über 100 Überprüfungen durchgeführt worden. Punkto Brandschutz bemerkte Renner, dass nun in allen Dienststellen Brandschutzbeauftragte installiert worden seien. Allerdings fordere die Kommission hier vermehrt Übungen für den Ernstfall. Bei der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung müsse noch einige Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) äußerte sich zur Organisation, zum Aufbau und zu den Aufgaben der Bedienstetenschutzkommission und hielt fest, dass durch die Arbeit dieser Kommission vor allem im Brandschutz sehr viele Fortschritte gemacht worden seien. Der aktuelle Bericht führe vor Augen, dass die Kommission Wirkung zeigt und ihre Anregungen sehr rasch umgesetzt werden. Der Bericht spiegle die positive Entwicklung im Bedienstetenschutz wider.

Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976.**

Abgeordneter Dipl.Ing. Willibald E i g n e r (VP) gab eine Definition des Begriffes Raumordnung ab und betonte, dass den Regionen in diesem Zusammenhang große Bedeutung zukomme. Die 15. Novelle bringe einige Korrekturen mit sich. Es werde aber keine Änderungen der Kompetenzen geben.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach sich dafür aus, Liegenschafts- und Grundbesitzer mehr Recht einzuräumen. Wenn man Änderungen durchführe, müsse man auch die Standpunkte der Bürger mit einbeziehen. Zudem dürfe es bei Umwidmungen für die Bürger keine Nachteile geben.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) kündigte an, dass seine Fraktion dieser kleinen Raumordnungs-Novelle zustimmen werde. Am Beispiel der Gemeinde Strasshof zeige sich jedoch, dass es bei diesem Raumordnungsgesetz nach wie vor Handlungsbedarf gebe. In dieser Gemeinde werden 15 Hektar Grünland in Bauland für eine Bildungseinrichtung umgewidmet, was an und für sich auch in Ordnung gehe. Es werde jedoch versucht, mit einer „Salami-Taktik“ Stück für Stück weiter umzuwidmen, um hier den größten Technologie- und Gewerbepark Österreichs zu errichten. Das Land müsse solchen Vorgangsweisen einen Riegel vorschieben.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) meinte, dass der Bürger sehr wohl das Recht habe, bei Umwidmungen in die Unterlagen Einschau zu nehmen und auch zu seinem Recht komme. Willkürlich festgesetzte Grenzen bei der Einwohnerzahl einer Gemeinde sollten den Erfordernissen angepasst werden.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) sprach sich für eine vorausschauende Planung bei regionalen Raumordnungsprogrammen aus. Neben der Erhaltung der Naturräume und der Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur müsse die Raumordnung auch auf die Entwicklung des Tourismus Rücksicht nehmen. Mit großflächigen Raumordnungsprogrammen würden die Spielräume der betroffenen Gemeinden eingeengt werden. „Das beste Gesetz kann die Weitsicht der Gemeinden nicht ersetzen.“

Der Antrag wurde ohne die Stimmen der FP angenommen.

Schluss der Sitzung!